



Der Minister

28. September 2018

Seite 1 von 1

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie  
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Wirtschaft, Energie,  
und Landesplanung  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn Georg Fortmeier MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf



Telefon 0211 61772-0

**Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 26. September 2018**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der o.g. Sitzung habe ich zugesagt meinen mündlichen Bericht zu TOP 8 „**Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – Welche Ziele und welche Strategie verfolgt die Landesregierung zur Absicherung des Strukturwandels im Rheinischen Revier?**“ schriftlich zu übersenden.

Als Anlage übersende ich Ihnen 60 Exemplare mit der Bitte, diese an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferschrift:  
Berger Allee 25  
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0  
Telefax 0211 61772-777  
poststelle@mwide.nrw.de  
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Straßenbahnlinien 706, 708,  
709 bis Haltestelle Poststraße





**Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie  
Prof. Dr. Andreas Pinkwart**

**„Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – Welche  
Ziele und welche Strategie verfolgt die Landesregierung zur Absicherung  
des Strukturwandels im Rheinischen Revier?“**

**Berichts-anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**26. September 2018**

**Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**

**Es gilt das gesprochene Wort**

1. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Strukturwandels und von Wachstum und Beschäftigung fordert die Landesregierung im Zuge des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung und -verstromung von der Bundesregierung, den betroffenen Bergbau- und Energieunternehmen sowie anderen Beteiligten ein?
2. Welche konkreten Maßnahmen seitens des Landes NRW bringt die Landesregierung ihrerseits in die Gespräche/ Verhandlungen ein?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rheinischen Revier in der Braunkohlewirtschaft unmittelbar tätig. 10.000 weitere Beschäftigte profitieren als Zulieferer und mittelbar von der Braunkohlenwirtschaft im Rheinischen Revier. Insgesamt geht es also um 20.000 Arbeitsplätze im Revier, um 740 Mio. EUR Brutto Lohn- und Gehaltssumme pro Jahr und um 735 Mio. EUR Auftragsvolumen pro Jahr bei den Zulieferern. Für diese Menschen und ihre Familien braucht das Rheinische Revier eine neue Perspektive. Und die Unternehmen, die von einem vorzeitigen Ende der Braunkohleverstromung betroffen sind, brauchen die Chance und Zeit, sich auf neue Geschäftsfelder und neue Wertschöpfung zu orientieren.

Das Rheinische Revier liegt eingebettet in den Wirtschaftsraum der Metropolregion Rheinland, einer Region mit exzellenten Forschungs- und Hochschuleinrichtungen (u. a. RWTH Aachen, TH Köln, FH Aachen, Forschungszentrum Jülich). Die Nachbarstädte Aachen, Köln, Bonn und Düsseldorf können durch ihre starke Wirtschaft und ihre exzellente Wissenschaftsinfrastruktur wichtige Impulse in das Revier geben und so einen entscheidenden Beitrag zu einem erfolgreichen Strukturwandel leisten.

Anders herum hat das Rheinische Revier in der Vergangenheit auch eine wesentliche Grundlage für den Aufbau einer erfolgreichen energieintensiven Industrie im Rheinland gelegt: Die Unternehmen der Aluminiumindustrie im Rhein-Kreis-Neuss, der Papierindustrie im Kreis Düren und der Chemieindustrie im Raum Köln haben sich hier angesiedelt, weil sie hier kostengünstig und sicher mit Energie versorgt werden konnten und können. Heute arbeiten im Rheinland 93.000 Beschäftigte in der energieintensiven Industrie und erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von 32 Mrd. EUR.

Die Energiewende bedeutet für die Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie eine erhebliche Herausforderung. Wenn wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutliche Energiepreissteigerungen erwarten

ten müssen, sind damit Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen verbunden, für die Energie ein besonderer Kostenfaktor ist. Es muss uns gelingen, für die energieintensive Industrie ambitionierte, aber wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu erhalten, damit wir uns die Frage des Strukturwandels in der Region nicht noch in einer weit größeren Dimension als für die Braunkohlenwirtschaft stellen müssen.

Um die Herausforderungen für das Rheinische Revier zu meistern, hat der Aufsichtsrat der Zukunftsagentur Rheinisches Revier am 21. September die Eckpunkte eines Wirtschafts- und Strukturprogramms „Das Rheinische Zukunftsrevier“ beschlossen. Das Programm zeigt den Handlungsbedarf auf, um der beispiellosen wirtschaftlichen und räumlichen Transformationsaufgabe des Rheinischen Reviers zu begegnen, um die Infrastruktur auch nach dem Ende der Braunkohlenwirtschaft leistungsfähig und lebenswert zu gestalten sowie um im Rheinischen Revier Impulse für neue Wertschöpfung und Beschäftigung zu setzen.

Dazu orientiert sich das Programm an den Stärken der Region: Die Zukunft der Energiewirtschaft liegt in innovativen Geschäftsfeldern in einem CO<sub>2</sub>-armen Energiesystem. Die energieintensive Industrie muss an einer Weiterentwicklung ihrer Produktionsprozesse arbeiten, um angesichts steigender Energiepreise durch effizientere Technologien wettbewerbsfähig zu bleiben. Unterstützung bekommen die Unternehmen aus der Universitäts-, Hochschul- und Forschungsinfrastruktur des Rheinlands, die zudem verstärkt durch Ausgründungen und im Sinne eines *Research to Money* erfolgreich neue Wertschöpfung und Beschäftigung schaffen können. Diese Chancen sollen mit dem vorliegenden Wirtschafts- und Strukturprogramm gestärkt werden.

Im Wirtschafts- und Strukturprogramm können Sie die Ziele, Strategien und Handlungsansätze in den drei Zukunftsfeldern nachlesen:

Für das **Zukunftsfeld Energie und Industrie** geht es darum, die Region aus ihrer Kompetenz als Energieregion zu einem ENERGIEREVIER DER ZUKUNFT weiterzuentwickeln. Die Energiewirtschaft soll dabei unterstützt werden, sich langfristig tragfähige, neue Geschäftsfelder im Energiesystem der Zukunft und in neuen Mobilitätssystemen zu erschließen. Erneuerbare Energien sollen ausgebaut, Nah- und Fernwärme und Innovationen im Energiesystem verstärkt genutzt werden. Das hat Perspektive, weil es heute schon starke private Akteure in der Region gibt und weil die Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur der Region hierfür aktiv Impulse setzen kann. Es geht hier auch um neue Lösungen im Industriemaßstab. Dazu gibt es eine Vielzahl von Projektideen, die eine Finanzierung brauchen: Der Aufbau thermischer Stromspeicher an einem ehemaligen Kraftwerksstandort, Tiefengeothermie als

eine Möglichkeit, Fernwärmenetze weiterzuentwickeln. Ich bin überzeugt, dass die kürzlich initiierte Initiative „In4climate“ als eine Initiative für die Entwicklung neuer Technologien für eine klimaschonendere energieintensive Industrie in Kooperation mit den Universitäten der Region wichtig Beiträge zur Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie leisten wird.

Im **Zukunftsfeld Innovation und Bildung** wird es vor allem darum gehen, offensiver die Verknüpfung zwischen der Start-up-Fähigkeit unserer Universitäten und Hochschulen und der Ausgründung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen auf die großen Flächenpotentiale der Region zu bewegen. Mein aktueller Aufruf zur Einrichtung von Exzellenz Start-up Centern wird hier sicherlich ebenfalls beitragen. Ich habe bei meiner Reise ins Silicon Valley gesehen, wie wertvoll die Stanford University für die Region als Inkubator war, für eine Region, deren räumliche Abmessungen dem Rheinland doch recht ähnlich sind. Als Flächenpotentiale möchte ich hier die LEP-Fläche in Euskirchen benennen, die wir noch intensiver als Standort für eine Batterieproduktion oder für Produktionsbetriebe rund um das Thema „Künstliche Intelligenz“ vermarkten wollen. Oder die nahe dem Technologiezentrum Jülich gelegene Fläche „Brainergy Park“, die sich mit einem intelligenten Energiekonzept aufstellen wird. Die Region hat noch eine Vielzahl weiterer Flächen, auf denen Geschäft stattfinden kann, wenn es gelingt, neues, selbsttragendes Wachstum im Revier zu ermöglichen.

Die Region benennt in ihrem Wirtschafts- und Strukturprogramm außerdem das **Zukunftsfeld Raum und Infrastruktur**. Die räumliche Transformation, die Wiederherstellung eines attraktiven Raums mit einem ausgewogenen Siedlungs- und Flächenkonzept, mit Gewerbegebieten und Grünzügen, ist eine Jahrhundertaufgabe. Dies ist für die einzelne Kommune der Region kaum zu stemmen, weil die Koordination bei der Vielzahl der betroffenen Gebietskörperschaften sehr komplex ist. Ich werde die Zukunftsagentur des Rheinischen Reviers dabei unterstützen, hier in noch höherem Maße koordinierende Aufgaben wahrzunehmen.

Ich begrüße es sehr, dass die Region uns mit dem nun vorgelegten Wirtschafts- und Strukturprogramm die Leitplanken für eine neue wirtschaftliche Perspektive für das Rheinische Revier aufzeigt. Manches wird konzeptionell weiter konkretisiert werden müssen. Es liegen mehr als hundert Projektideen aus der Region vor, ohne das überhaupt breit dazu in der Region aufgerufen wurde. Das Rheinische Revier und seine Kommunen arbeiten an ihrer Zukunft. Hinter dem jetzt vorliegenden Programm kann ein Projektauftrag stattfinden, an den sich ein geordneter Qualifizierungs- und Auswahlprozess für die Projekte anschließt. Wir

werden aber auch einige Starterprojekte benennen müssen, die ich in dem Abschlussbericht der Kohlekommission wiederfinden möchte.

Es geht jetzt darum, dass die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ geeignete Rahmenbedingungen für einen machbaren Strukturwandel in der Region entwickelt. Ich werde das Rheinische Revier dabei unterstützen, dass vorgelegte Wirtschafts- und Strukturprogramm in die Kommission einzubringen und mit der Bundesregierung zu verhandeln, damit ein möglicher vorzeitiger Ausstieg aus der Kohleverstromung durch eine präventive Strukturpolitik mit einer langfristigen Perspektiven eine Chance für eine verlässliche Zukunft für das Rheinische Revier wird.

Sie haben mich nach konkreten Maßnahmen gefragt. Mit Respekt vor den Interessen der sieben Gebietskörperschaften des Rheinischen Reviers möchte ich hier heute keine abschließend ausgewählten Einzelprojekte benennen. Für mich ist entscheidend, dass gute Projekte ausgewählt werden, um die Umsetzung der Zukunftsfelder zu erreichen. Vordringlich sind für mich Projekte, die strukturwirksam auf die Ziele des Wirtschafts- und Strukturprogramms einzahlen. Es liegen Vorschläge zum Ausbau der Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur vor, Innovationsmaßnahmen, modellhafte Anwendungen wie der Aufbau eines Energiemanagementsystems, Infrastrukturausbau bei Straße und Schiene, Flächenentwicklungen. Wir werden in den kommenden Monaten mit der Kommission und der Bundesregierung alle diese Maßnahmen diskutieren, um dann einen Rahmen über viele Jahre zu schaffen, der eine Umsetzung möglich macht.

3. Welche Förderung und Unterstützung fordert und bietet die Landesregierung speziell für kleine und mittlere Zulieferbetriebe?

Sie fragen in Ihrer Frage 3 nach einer Förderung und Unterstützung für kleine und mittlere Zulieferbetriebe der Braunkohlenwirtschaft. Für diese Betriebe gilt in besonderem – wie im Übrigen auch für RWE –, dass sie eine Übergangszeit benötigen, um sich auf neue Geschäftsfelder einzustellen. Neue Geschäftsfelder sind in der Energiewirtschaft solche im Energiesystem der Zukunft. Und so wie RWE seinen langfristigen Markt in den erneuerbaren Energien sieht, werden sich auch die kleinen und mittleren Zulieferer neu orientieren müssen. Alle Maßnahmen, die die Region im Zukunftsfeld Energie und Industrie anstößt, geben auch den Zulieferern Rückenwind, wenn sie bereit sind, sich auf neue Märkte einzustellen.

Für die Veränderungsprozesse stehen diesen Unternehmen natürlich auch die Fördermöglichkeiten zur Verfügung, die mein Haus für die Unterstützung des Mittelstands generell auf den Weg gebracht hat:

- Das Land unterstützt den Mittelstand finanziell:
  - **NRW.BANK** als zentrale Anlaufstelle / Förderplattform für Finanzierung mittelständischer Unternehmen
  - **NRW.BANK.Mittelstandskredit** als eines der volumenstärksten Programme mit jährlich über 1 Mrd. EUR an Gesamtkrediten für mittelständische Unternehmen
  - **Förderung gewerblicher Investitionsvorhaben** bei Neuansiedlung und Erweiterung von Unternehmen in den strukturschwachen Regionen Nordrhein-Westfalens, wie auch in Mönchengladbach, der Städteregion Aachen und dem Kreis Heinsberg, mit Investitionszuschüssen nach dem Regionalen Wirtschaftsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen (RWP) (je 50 % Bundes- und Landesmittel)
- Mittelstandspolitik heißt auch, nachkommende Unternehmer zu unterstützen:
  - Finanzierung durch die NRW.BANK: Im Bereich „Gründen und Wachsen“ jährlich über 3 Mrd. EUR an Neukreditvolumen
  - Beratung bei Gründungsvorhaben durch die landesweit 76 **STARTERCENTER.NRW**

Wir stärken zudem die Rahmenbedingungen für den Mittelstand durch einen umfassenden Breitbandausbau im Rahmen des Masterplans Gigabit.NRW. Durch die DWNRW-Hubs vernetzt das Land Start-ups mit Mittelstand und Großunternehmen, um auf diese Weise neue digitale Geschäftsmodelle zu schaffen. Die Entfesselungspakete befreien den Mittelstand von zu viel Bürokratie.

4. Welche Anforderungen an die Infrastruktur, insbesondere an die Anpassung der Strom, Wärme- und Verkehrsnetze, der Rohstofflogistik, der Hochschulen sowie der Aus- und Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen, sieht und formuliert die Landesregierung in der Kommission?

Neben der schon angesprochenen Wissenschafts- und Breitbandinfrastruktur verspreche ich mir besondere Impulse für das Rheinische Revier, indem wir die Wärme- und Kältenetze modernisieren und systemdienlich ausbauen. In Nordrhein-Westfalen soll mit Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr das insgesamt größte Fernwärme-Verbundnetz Europas entstehen. Eine Steigerung der Effizienz sowie eine stärkere Einbindung industrieller und erneuerbarer Wärmequellen in neue und bestehende Wärmenetze tragen zudem dazu bei, die Klimabilanz der

Netze zu verbessern. Insbesondere auch die Tiefengeothermie bietet eine verlässliche Wärme- und Kälteversorgung, die es in Nordrhein-Westfalen systematisch zu erschließen gilt. Darüber hinaus werden integrierte Konzepte, bei denen Wärmespeicher, Power-to-Heat-Anlagen, Blockheizkraftwerke, solarthermische Heizkraftwerke und Erdwärme gemeinsam Wärmenetze versorgen, vermehrt zur Anwendung kommen. Bei Netzplanung und -ausbau sind die räumliche Dimension der Wärmeinfrastruktur (Siedlungsdichte) und der geringere Wärmebedarf zukünftiger Gebäude zu berücksichtigen.

5. Welche Anforderungen an eine wissenschaftliche Begleitung und Auswertung des Strukturwandels infolge des Kohleausstiegs stellt die Landesregierung in der Kommission, damit auch während des Strukturwandels gegebenenfalls nachgesteuert werden kann?
6. Welche Forschungsinstitute / -einrichtungen oder andere Organisationen im Land NRW sind bzw. werden zur Begleitung des Strukturwandels beteiligt? (Bitte alle nennen)
7. Welche konkreten Forschungsaufträge sind nach Ansicht der Landesregierung zu erteilen?

Mit gezielter Transformationsforschung kann der Strukturwandel unterstützt werden. Mit dem institutionell geförderten Wuppertal Institut arbeitet Nordrhein-Westfalen mit einem international renommierten Akteur zusammen. Initiativen wie das Virtuelle Institut Transformation der Energiewende, das Virtuelle Institut Strom zu Gas und Wärme oder auch das neue Projekt „In4climate.NRW“ tragen zur Begleitforschung in Sachen Energiewende auch im Rheinischen Revier bei. Im Rheinischen Revier ist bereits jetzt eine starke Forschungslandschaft vorhanden. RWTH, Forschungszentrum Jülich, Fraunhofer Institute, das Virtuelle Institut Smart Energy (VISE) und weitere Forschungseinrichtungen unterstützen den Wandel zur Zukunftsregion. Wir werden gezielt Innovationen, Forschung und Entwicklung in der Region stärken.

Welche konkreten Forschungsaufträge erforderlich sind, wird nach Beschluss der Bundesregierung zu den Vorschlägen der WSB-Kommission sowie zu den erforderlichen Strukturhilfen für Nordrhein-Westfalen und anschließender Festlegung der Prioritäten und Projekte zu entscheiden sein.

8. Welche Gutachten wurden durch die Landesregierung zur Vorbereitung und Begleitung der Arbeit in der Kommission in Auftrag gegeben? (Bitte genaue Auftragstitel, Auftragsnehmer angeben)
9. Welche dieser Gutachten sind bereits fertig gestellt?
10. Angesichts der voraussichtlich nur noch kurzen Arbeitszeit der Kommission bis Ende dieses Jahres: Wann will die Landesregierung die Ergebnisse der noch nicht fertig gestellten Gutachten in die Kommissionsarbeit einbringen?

Zur Unterstützung einer sachgerechten Arbeit der Kohlekommission und einer guten Positionierung des Rheinischen Reviers, hat mein Haus drei Gutachten vergeben:

**Vergabe 35/2018:** Vergabe eines Beratervertrags zwecks Unterstützung der Positionierung des Wirtschafts- und Energieministeriums im Hinblick auf die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Auftragnehmer ist die ewi Energy Research & Scenarios gGmbH. Es handelt sich um eine wissenschaftliche Beratung, daher ist die Leistungserbringung dynamisch in Abhängigkeit des Verfahrens. Bisher liegen erste Ergebnisse im Entwurf vor.

**Vergabe 48/2018:** Vergabe eines rechtlichen Gutachtauftrags zur Positionierung des Wirtschafts- und Energieministeriums Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Auftragnehmerin ist Frau Prof. Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof, Juristische Fakultät Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Energierecht. Das Gutachten ist derzeit in Bearbeitung.

**Vergabe 52/2018:** Vergabe eines Beratungsvertrags „Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste aufgrund einer vorzeitigen Beendigung der Kohleverstromung“ zur Unterstützung der Positionierung des Wirtschaftsministeriums im Hinblick auf die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Auftragnehmer ist das RWI. Das Gutachten ist derzeit in Bearbeitung.

Bei den Vergaben handelt es sich um Beraterverträge. Erkenntnisse aus der Beratung und Berichte im Entwurfsstadium fließen bereits in die Willensbildung der Landesregierung und damit in die Positionierung gegenüber der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem beauftragten Gutachten beschränken sich in ihrem Mehrwert nicht nur auf die Phase der Kommissionsarbeit. Sie sind ebenfalls ausgerichtet auf den der Empfehlungen der Kommission anschließenden Prozess der Willensbildung und Operationalisierung.

11. Welche Vorschläge macht die Landesregierung in der Kommission zur langfristigen Finanzierung der im Rahmen der „Kohlekommission“ zu erarbeitenden Maßnahmen?

Eine Finanzierung hängt davon ab, welchen Zeitpunkt die Kommission für eine vorzeitige Beendigung der Kohleverstromung vorsehen wird. Bisher liegen keine Vorschläge der Kommission dazu vor. Sicher ist,

dass es um eine langfristig angelegte Begleitung des Strukturwandels in den Revieren gehen muss. Die Mittel, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für diese Legislaturperiode dafür vorgesehen sind, werden für den gesamten Prozess nicht ausreichen.

12. Schließt sich die Landesregierung der Einschätzung des Kommissionsvorsitzenden Ronald Pofalla an, dass der Kohleausstieg zwischen 2036 und 2038 ökonomisch und aus Gesichtspunkten der Versorgungssicherheit umsetzbar ist? Wenn nicht, für welches andere Zieljahr setzt sich die Landesregierung in der Kommission ein?
13. Erhebt die Landesregierung in der Kommission die Forderung, dass der Bund, zumindest für 25 Jahre oder aber dauerhaft, die finanzielle Gesamtverantwortung für den Strukturwandel im Zuge des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung übernimmt?

Innerhalb der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung wurde der genannte Vorschlag für einen Kohleausstieg bisher nicht eingebracht.

Vor einer Festlegung auf ein Enddatum für die Kohleverstromung sind zudem wichtige Rahmenbedingungen im Hinblick auf Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz zu berücksichtigen. Dies ist aus Sicht der Landesregierung noch nicht hinreichend geschehen.

Vor einem Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlusssdatums und der notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, renaturierungs- und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen sind vorrangig wichtige Voraussetzungen zu schaffen. Hierzu gehört u.a. die Schaffung einer konkreten Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen und die Entwicklung eines Instrumentenmixes, der die wirtschaftliche Entwicklung, den Strukturwandel, Sozialverträglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz zusammenbringt.

Erst wenn diese wichtigen Voraussetzungen als Auftrag der Kommission erfüllt sind, sollte, in Abhängigkeit der Ergebnisse, über einen Pfad zum Ausstieg aus der Kohleverstromung diskutiert werden.